Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr.89/30.06.2017

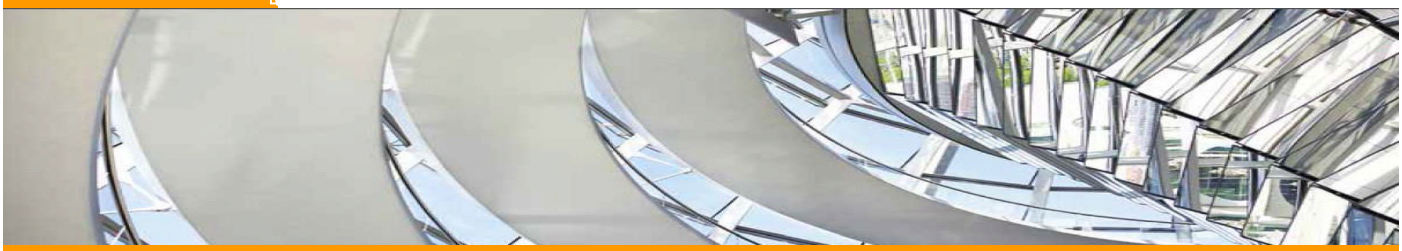
Liebe Leserinnen und Leser,

vier Jahre Große Koalition waren bewegte, aber vor allem gute Jahre für unser Land, weil es den Menschen gut geht. Der Wachstums- und Beschäftigungsboom hat maßgeblichen Anteil daran. Im Interesse unserer Exportnation, aber vor allem auch für den Erhalt einer friedlichen und stabilen Weltordnung, hat die Bundeskanzlerin auf internationaler und europäischer Ebene wichtige Weichen gestellt. In der Flüchtlingsfrage haben wir eine humanitäre Antwort gegeben und zugleich die Voraussetzungen geschaffen, dass sich diese Situation nicht wiederholt. Insgesamt haben sich die Lebensbedingungen in Deutschland stetig verbessert. Dies zeigen auch steigende Löhne und Renten. Zudem wurden wichtige sozialpolitische Korrekturen wie die Mütterrente erreicht. Ohne Steuererhöhungen wurde zugleich Historisches geleistet: Seit 2014 kommt der Bund ohne neue Schulden aus und investiert wie nie zuvor in Infrastruktur und Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie in Familien und lebenswerte Kommunen. Davon profitiert explizit auch der Wahlkreis Tübingen-Hechingen.

In der Gesundheitspolitik haben wir die Versorgungsqualität und die Rechte der Patienten deutlich gestärkt, die Krankenhausfinanzierung gesichert, Pflegestellen ausgebaut und die Leistungen in der Pflege umfangreich ausgeweitet. Ein sehr emotionaler Moment war für mich die Verabschiedung des Hospiz- und Palliativgesetzes. Sicherheit bleibt zentrales Thema: Rund 10.000 neue Stellen sind bei den Sicherheitsbehörden des Bundes geplant. Bei schweren Verbrechen können Verbindungsdaten erfasst, Reisepässe von Terroristen entzogen, und Gefährder per Fußfessel überwacht oder abgeschoben werden. Das Strafrecht für kriminelle Ausländer sowie das Sexualstrafrecht wurden wirksam verschärft. Dass unser Land in global schwierigen Zeiten ein Hort der Stabilität und des Wachstums ist, beruht auf der Leistung aller Menschen, die unsere freie und offene Gesellschaft tragen. Diesen Weg wollen wir Christdemokraten mit den Bürgerinnen und Bürger weiter gehen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Annette Widmann-Mauz



Impressum
Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/ 227 –77217
Telefax: 030/ 227—76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

CDU

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 89/30.06.2017

Aktuelles

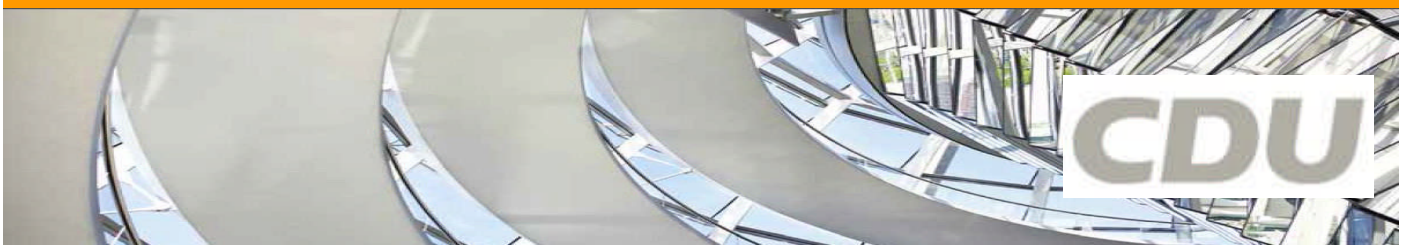
Zeichen setzen - für Zusammenhalt und Klimaschutz

In ihrer Regierungserklärung im Deutschen Bundestag sprach Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am Donnerstagmorgen dieser Plenarwoche zur Europäischen Union und die G20, die sich am 7. und 8. Juli zum nächsten Gipfel in Hamburg treffen werden. Dabei betonte Dr. Merkel die Bedeutung des Zusammenhalts sowohl innerhalb der EU als auch unter den G20. Denn nur gemeinsam könne es gelingen, die zentralen Fragen unserer Zeit, die grenzüberschreitend existieren, zu beantworten. Ein starkes Signal für Zusammenhalt, Tatkraft und Zuversicht hätten die Staats- und Regierungschefs der EU beim Europäischen Rat, der am 22. Und 23. Juni tagte, gesetzt. Nun gelte es, dass auch die G20 ein Zeichen dafür setzen.

Beim Europäischen Rat sei es vor allem darum gegangen, welche Rolle Europa in Zukunft spielen werde, wie die Bundeskanzlerin anmerkte. Zudem unterstrich sie, dass weder Klima noch Terror oder Migration vor Grenzen halt machen würden. Isolationismus und Protektionismus seien keine Lösungswege für die Probleme in unserer Welt. Europa habe bewiesen, dass es gemeinsam überzeugende Lösungen finden könne. Zudem ging die Kanzlerin auf die aktuelle, erfreuliche Situation der EU-Staaten ein: Die Arbeitslosigkeit ist in der Europäischen Union so niedrig wie seit acht Jahren nicht mehr.

Darüber hinaus seien die G20 wichtiger denn je. Die 19 führenden Industrie- und Schwellenländer und die EU stehen insgesamt für 2/3 der Weltbevölkerung, 4/5 des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) und 3/4 des gesamten Welthandels. Es sei an diesen 20, zu signalisieren, dass sie sich ihrer großen Verantwortung für die Welt bewusst sind und sich dieser annehmen. Im Fokus der Gipfelgespräche werden die Themen Terrorismus, Klimawandel und Protektionismus stehen.

Auch das Thema Klimaschutz war Bestandteil der Regierungserklärung. Seit dem Entschluss der USA, das Pariser Klimaabkommen zu verlassen, sei Deutschland entschlossener denn je, das Abkommen zum Erfolg zu führen. Allerdings sei dafür noch so einiges zu tun. Denn das Klimaabkommen sei unabdingbar und Klimaschutz nicht verhandelbar.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 89/30.06.2017

Aktuelles

„Ehe für alle“ im Deutschen Bundestag

Am Freitag hat der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts angenommen. Die Abstimmung zur sog. "Ehe für alle" erfolgt im Rahmen einer fraktionsübergreifenden Gewissensentscheidung der Abgeordneten. Die CDU-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit Annette Widmann-Mauz MdB hat gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages folgende persönliche Erklärung im Rahmen der Abstimmung abgeben:

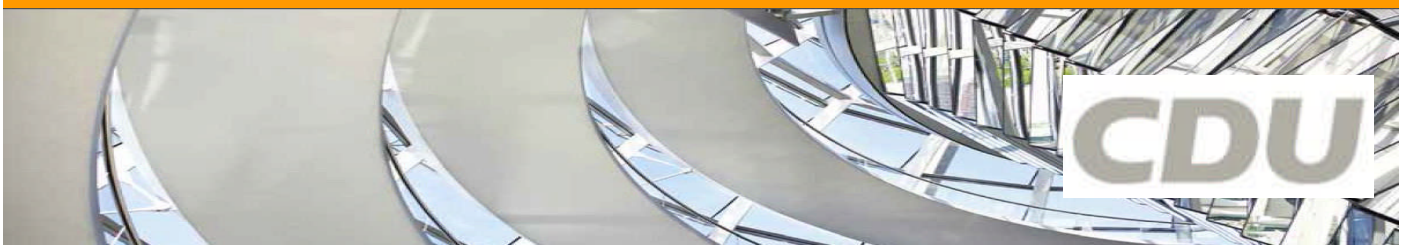
Persönliche Erklärung der Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB nach §31 GOBT zur Abstimmung über den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (2./3. Lesung, ZP 11, Drs. 18/6665) am Freitag, den 30. Juni 2017

Wo gleiche Werte gelebt, Rechte und Pflichten gegenseitig gewährt und übernommen werden und wo das Füreinander-Einstehen zum verbindlichen Lebensziel erklärt wird, sollten deshalb auch gleichwertige rechtliche Maßstäbe angelegt werden. Aus diesem Grund befürworte ich die volle rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe und setze mich dafür ein, dass neben der Ehe auch die eingetragene Lebenspartnerschaft unter den besonderen Schutz unserer Verfassung in Artikel 6 Grundgesetz gestellt wird.

Ich erkenne darüber hinaus an, dass Kinder auch in Lebenspartnerschaften eine fürsorgliche sowie vertrauens- und liebevolle Umgebung erfahren können. Angesichts der seit langem geübten Rechtspraxis von Jugendämtern, Kinder aus dem Kindeswohl abträglichen Familienverhältnissen auch in die Obhut gleichgeschlechtlicher Paare zu geben, und der bereits jetzt möglichen sukzessiven Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Partner setze ich mich dafür ein, dass eingetragene Lebenspartnerschaften die Möglichkeit zur Volladoption in einem Akt nach einer am Kindeswohl orientierten individuellen Einzelfallprüfung erhalten.

Nach reiflicher Überlegung lehne ich den zur Abstimmung stehenden Gesetzesentwurf des Bundesrats zur **Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts** (Drucksache 18/6665) dennoch ab:

Nach ständiger, auch jüngster Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geht der Ehebegriff des Grundgesetzes von einer Verschiedengeschlechtlichkeit der Partner als Wesensmerkmal der Ehe aus. Eine Umdefinition des Begriffs „Ehe“, der in erster Linie historisch, kulturell und religiös besetzt ist, kann nach meinem Rechtsverständnis nicht einfach-gesetzlich ohne eine Verfassungsänderung neu definiert werden.



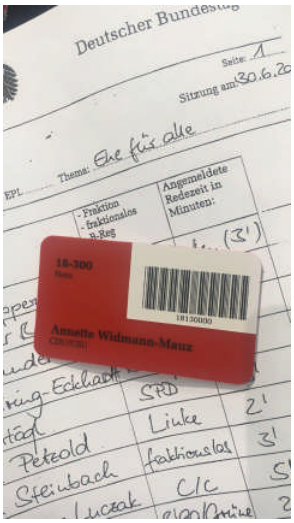
Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 89/30.06.2017

Aktuelles

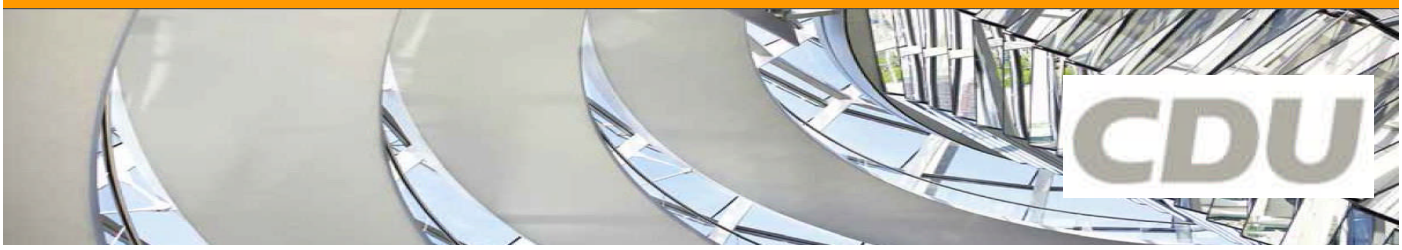
Die nach Artikel 1 des Grundgesetzes geschützte Würde des Menschen ist unumstritten nicht abhängig von seiner sexuellen Orientierung. Ebenso unbestreitbar ist der Wesensgehalt des traditionellen Eheverständnisses, der sich aus der expliziten Verbindung von Mann und Frau ergibt. Dazu gehört auch die Tatsache, dass nur in der Paarkonstellation von Mann und Frau Kinder gezeugt und Leben weitergegeben werden kann. Deshalb kann eine "eheliche" Verbindung nicht für „Alles“ stehen und unterscheidet sich von der eingetragenen Lebenspartnerschaft. Allein diese sprachliche Differenzierung von „Ehe“ und „eingetragener Lebenspartnerschaft“ begründet für sich genommen keine Diskriminierung, die zu gesetzlichem Handeln zwingt.



Die „Ehe für alle“ ist explizit nicht Bestandteil des aktuellen Koalitionsvertrages zwischen Union und SPD. Ich bedauere, dass die SPD aus wahltaktischen Gründen zum Ende der Legislaturperiode in einem konfrontativen Verfahren eine Abstimmung erzwingt. Dieser bewusst kalkulierte Vertrauensbruch und die daraus resultierenden parlamentarischen Abläufe werden der gesellschaftlichen, normativen und auch emotionalen Tragweite der Thematik nicht gerecht und verhindern so einen möglichen breiteren Konsens.

Konsequenz bei Einbruchsbekämpfung

Zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität beschloss der Deutsche Bundestag die Verschärfung des Strafrechts und weitet damit die Befugnisse der Strafermittlungsbehörden aus. Künftig wird der Einbruch in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung härter geahndet. Durch die Einführung eines neuen Straftatbestandes sind Freiheitsstrafen von mindestens einem Jahr und bis zu zehn Jahren vorgesehen. Zudem entfällt die Regelung zum minder schweren Fall, Wohnungseinbruchsdiebstahl wird künftig ausnahmslos als Verbrechen gewertet. Um die Aufdeckung von Bandenstrukturen der Täter zu erleichtern, ermöglicht die Gesetzesänderung der Polizei, Verbindungsdaten der Tatverdächtigen auf Grundlage eines richterlichen Beschlusses auszuwerten. Die höhere Strafandrohung dient nicht nur der Abschreckung, sondern soll der hohen Zahl von Verfahrenseinstellungen entgegenwirken und den Verfolgungsdruck erhöhen. Mit der Änderung werden die seit langem von der Unionsfraktion geforderten Maßnahmen gegen die steigenden Einbruchszahlen umgesetzt.



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 89/30.06.2017

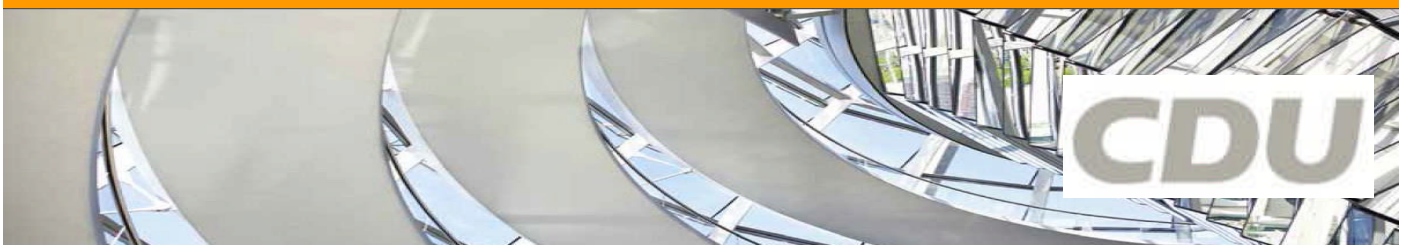
Aktuelles

Geistige Arbeit schützen

In dieser letzten Sitzungswoche der laufenden 18. Legislaturperiode haben die Mitglieder des Deutschen Bundestages das sog. Urheberrechts-Wissenschaftsgesellschafts-Gesetz (UrhWissG) beschlossen. Mit dem Gesetz wird nach langen Diskussionen ein Kompromiss zwischen dem Schutz des geistigen Eigentums und der einfachen Nutzung wissenschaftlicher Werke durch Studenten gefunden.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat dabei neben dem Eigentumsschutz auch die Interessen von Verlegern und Autoren im Blick. Als rohstoffarmes Land ist es für Deutschland von besonderem Interesse, den Wert geistiger Arbeit zu schätzen und ihn auch rechtlich zu schützen. Der Interessenausgleich zwischen Urhebern und Wissenschaft steht dabei an erster Stelle. Es gilt, die Vielfalt wissenschaftlicher Verlage zu erhalten und ihnen marktwirtschaftliche Instrumente an die Hand zu geben. Daher ist die jetzige neue Regelung zunächst auf fünf Jahre befristet. So kann zwischen Verlagen und Universitäten bis zum Ende des Zeitraums eine zentrale Lizenzplattform entwickelt werden. Ein innovatives und international konkurrenzfähiges Wissenschaftssystem ist ebenso entscheidend, wie das Sicherstellen einer angemessenen Entlohnung der Urheber und Wissenschaftsverlage. So gilt es grundsätzlich, Lizenzsysteme fortzuentwickeln und Primärmärkte nicht zu gefährden. Damit kann der einfache Zugang zu Werken an Hochschulen und Universitäten, der unabdingbar für Lehr- und Studienbedingungen ist, weiterhin ermöglicht werden.

(Foto: CDU/Christiane Lang)



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 89/30.06.2017

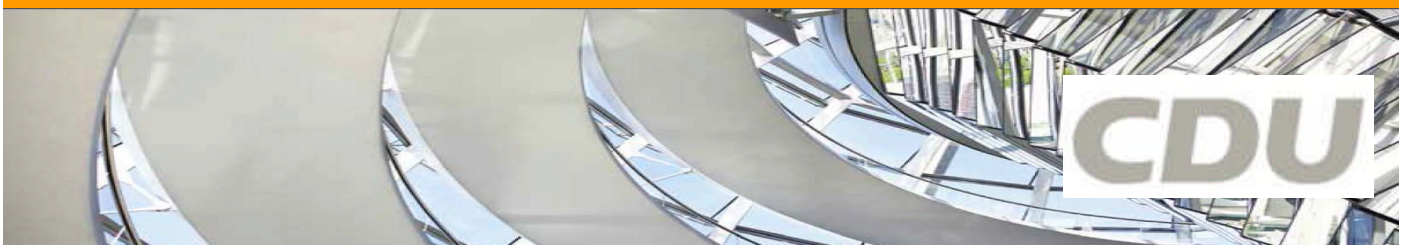
Aktuelles

Baden-Württemberg zu Gast in Berlin

Zum Mittelstandsdialog der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB waren Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem Südwesten angereist. Darunter Kaspar Pfister, Geschäftsführer von Benevit aus Burladingen, der sich am Rande der Veranstaltung mit der Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB traf. Er steht mit seiner Pflegewohnheimgruppe nicht nur für mehr als 1000 Arbeitsplätze, sondern auch für eine klare Haltung, wenn es um unser demokratisches und offenes Gemeinwesen geht.

(Foto: Kaspar Pfister, Geschäftsführer Benevit mit der Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB)

Herzliche Einladung: Dabei sein und mitdiskutieren



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 89/30.06.2017

Aktuelles

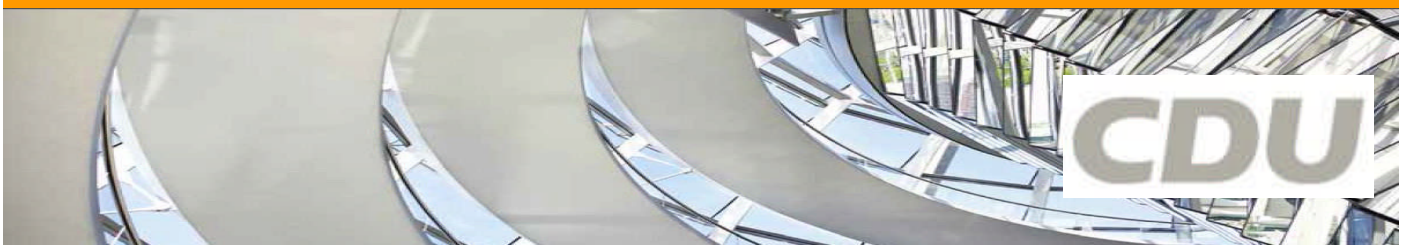
Frauen tragen immer stärker zum Haushaltseinkommen bei

Der Anteil, den Frauen in Deutschland zum Nettoeinkommen in Paarhaushalten leisten, ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Dies ergab eine jüngst veröffentlichte Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) auf Basis einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Während 1998 die Erwerbsarbeit von Frauen nur rund ein Viertel des Nettoeinkommens in Paarhaushalten ausmachte, stieg der Anteil bis 2013 auf über ein Drittel. Die Gründe hierfür sieht das BiB in einer allgemein höheren Erwerbstätigenquote von Frauen sowie in deren verbesserter beruflicher Qualifikation. Obwohl die aus der Kinderbetreuung resultierende geringere Erwerbstätigkeit von Frauen als ein bestimmender Faktor für Gehaltsunterschiede zwischen den Geschlechtern gilt, ist der Beitrag am Haushaltseinkommen bei allen Frauen in ähnlichem Maße gestiegen - und zwar unabhängig von der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder. *(Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung)*

Daten & Fakten

In Deutschland geht es gerechter zu

Zentrale verteilungspolitische Indikatoren in Deutschland haben sich seit dem Jahr 2005 wieder normalisiert oder sogar strukturell verbessert. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Wenngleich in einigen Bereichen Herausforderungen bestehen bleiben, hat sich etwa in puncto Einkommensungleichheit zwischen 2005 und 2014 das verfügbare Realeinkommen der oberen 10 Prozent nur um 0,9 Prozent, das der unteren 10 Prozent jedoch um 1,1 Prozent und der unteren 40 Prozent sogar um 1,9 Prozent erhöht. Auch die Lohnentwicklung ist seit dem Jahr 2008 wieder expansiv. Gesamtwirtschaftlich ergibt sich seit dem Jahr 2008 ein tariflicher Reallohnzuwachs von 8,1 Prozent, effektiv sind die Reallöhne in diesem Zeitraum sogar um 11,6 Prozent gestiegen.
(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

www.facebook.com/widmannmauz

www.twitter.com/AWidmannMauz